

Freiwilliges Jahr statt Zivildienst

FDP-Abgeordneter Florian Bernschneider hält Pflichtdienste für ein Auslaufmodell

VON DANIEL GOERKE

Bremen. Die Verkürzung des Zivildienstes von neun auf sechs Monate sorgt weiter für Gesprächsstoff. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Florian Bernschneider hätte anstatt eines verkürzten Zivildienstes den Pflichtdienst gerne ganz abgeschafft. Das war mit der Union aber nicht zu machen. Sie wollte am alten Modell festhalten. Ein Kompromiss musste her: Der Zivildienst soll ab Januar 2011 von neun auf sechs Monate verkürzt werden.

„Pflichtdienste sind ein Auslaufmodell“, sagte Deutschlands jüngster Bundestagsabgeordneter bei einem Besuch in Bremen. Der FDP-Politiker machte sich gemeinsam mit Peter Tobiassen, dem Geschäftsführer der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, in zwei großen Zivildienststellen der Hansestadt ein Bild von den möglichen Auswirkungen der geplanten Neuregelung.

Rund 160 Millionen Euro spült die Verkürzung der Dienstzeit in die chronisch klamme Staatskasse. Bernschneider weiß auch schon, wohin mit dem Geld: „Die frei werdenden Mittel müssen den jungen Menschen zugute kommen.“ Es müsse beispielsweise möglich sein, nach dem Zivildienst noch einen freiwilligen Dienst dranzuhängen. „Wer nach dem Zivildienst weitermachen will, der muss auch weitermachen können.“ Dem FDP-Politiker ist es wichtig, dass die „Zivis“ die Zeitspanne zwischen Zivildienst und Studien- oder Ausbildungsbeginn auch sinnvoll überbrücken können.

Studium und Ausbildung beginnen in der Regel im Herbst. Nur wenige Studien-

gänge starten auch im Sommersemester. „Bei Auslandsaufenthalten oder als geringfügig Beschäftigte könnten die jungen Menschen weiter wichtige Erfahrungen sammeln und ein paar Euro dazuverdienen“, so der 23-jährige Bernschneider weiter. Die biografische Lücke, wie Fachleute sie nennen, soll damit so klein wie möglich gehalten werden.

Der Charakter des Zivildienstes werde sich durch die Dienstzeitverkürzung grundlegend ändern. „Die Bereiche Pflege und Betreuung müssen grundsätzlich getrennt werden“, sagt Bernschneider. In der Pflege dürften Zivildienstleistende nicht eingesetzt werden. „Zivis sind nicht nötig, um den Pflegedienst aufrechtzuerhalten. Wenn dem so wäre, müssten wir uns ernsthaft Gedanken machen.“

Das Argument, dass es innerhalb von sechs Monaten nicht einfach sei, eine persönliche Beziehung zu den Patienten aufzubauen, lässt Bernschneider nicht gelten. „Diese Aufgabe müssen professionelle Pflegekräfte übernehmen. Zivildienstleistende dürfen nicht zu wichtigen Bezugspersonen für die Patienten werden.“ Die Perspektive für Bernschneider ist klar: weg vom Pflichtdienst, hin zum freiwilligen Dienst.

Der „Soziale Friedensdienst Bremen“ (sfd) beschäftigte vor einigen Jahren noch mehr als 100 Zivildienstleistende. Die Zahl hat sich mittlerweile auf rund 30 verringert. Dafür sind jetzt etwa 140 junge Menschen im Freiwilligen Jahr für den Verein im Einsatz. Dass sich der Zivildienst wegen der

Dienstzeitverkürzung verändern wird, glaubt auch sfd-Geschäftsführer Andreas Rheinländer: „Der Zivildienst wird zu einer Art verlängertem Praktikum.“

Weggefallene Zivildienststellen werden durch Stellen des Freiwilligen Jahres ersetzt. Bisher kamen auf einen freien Platz durchschnittlich drei Bewerber. Rheinländer könnte zusätzliche Stellen für den Freiwilligen Dienst schaffen. Doch die finanziellen Mittel, die der Bund für Seminare und die Begleitung der jungen Menschen bereitstellt, sind gedeckelt. „Das Geld reicht bei uns für 100 Stellen“, sagt Rheinländer. Damit auch künftig sämtliche Stellen für den Freiwilligen Dienst besetzt werden können, haben die Träger die Initiative „Freiwillig“ gegründet und werben so für den Freiwilligen Dienst.

Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Jens Kreuter, hatte kürzlich Befürchtungen geäußert, dass sich wegen der Neuregelung viele Organisationen dazu entschließen könnten, in Zukunft auf Zivildienstleistende zu verzichten. „Eventuell gibt es für Kriegsdienstverweigerer dann nicht mehr genug Stellen“, so Kreuter.

Peter Tobiassen sieht indes keine Probleme: „Selbst wenn einige Stellen wegfallen, gibt es noch genügend.“ Ein Blick auf die Zahlen: Jährlich verweigern in Deutschland rund 90 000 Wehrpflichtige den Dienst an der Waffe. Für sie stehen derzeit etwa 110 000 Zivildienststellen bereit, insgesamt sind 160 000 Stellen in Deutschland für den Ersatzdienst anerkannt.



Florian Bernschneider
(FDP) FOTO: DPA